

PRESSEMITTEILUNG
ULI SCKERL MdL
30.11.2017

Uli Sckerl MdL: „Abschiebungen in das Bürgerkriegsland Syrien lehnen wir unmissverständlich ab“

Die unionsregierten Bundesländer wollen Flüchtlinge nach Syrien abschieben. Entscheiden soll die Innenministerkonferenz in der kommenden Woche. „Das ist eine Angelegenheit, die alle Bürger und Gemeinden angeht, die in den letzten Jahren Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen haben und die seitdem große Anstrengungen zur Integration dieser Menschen unternommen haben“, erklärt dazu der innenpolitische Sprecher der Grünen im Landtag Uli Sckerl: „Wir Grüne lehnen Abschiebungen in das Bürgerkriegsland Syrien unmissverständlich ab. Baden-Württemberg wird sich daran nicht beteiligen“. Zwar sei die Zurückdrängung der Terrororganisation „Islamischer Staat“ in Syrien ein Zeichen der Hoffnung. Wer jetzt aber bereits sogenannte ‚sichere Regionen‘ in Syrien ausmachen wolle, verkenne die volatile Lage vor Ort. Richtig sei hingegen die Analyse der Vereinten Nationen, dass alle Teile Syriens direkt oder indirekt weiterhin vom kriegerischen Treiben verschiedener Bürgerkriegsparteien massiv betroffen seien. Sckerl weiter: „Erst in der vergangenen Woche ist die Forderung der AfD im Bundestag, ein Abschiebeabkommen mit dem Assad-Regime zu schließen, auf die Empörung aller anderen Fraktionen gestoßen. Und jetzt wollen unionsregierte Länder wie Bayern und Sachsen AfD-Forderungen durchsetzen?“

Sckerl betonte weiter, dass der Staat gegenüber den Geflüchteten aus Syrien unabhängig des gewährten Schutzstatus oder Aufenthaltstitel eine klare Verantwortung habe. Das gelte zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch für die geringe Zahl der Ausreisepflichtigen. „Wir erwarten jedenfalls, dass Innenminister Thomas Strobl für das Land Baden-Württemberg den Anträgen der CDU-geführten Länder bei der anstehenden Konferenz nicht zustimmen wird“, so Sckerl. Angesichts des nahenden Winters in Syrien sei es hingegen notwendig, vor allem den Kindern zu helfen, die in einer ungewissen Situation leben. Das gelte auch für hier lebende Flüchtlinge, solange sie von ihren Familien getrennt sind. Hier habe man eine große humanitäre Verantwortung. „Wir fordern daher von der Bundesregierung, den Familiennachzug für subsidiär Geschützte wieder zu ermöglichen. In Baden-Württemberg wollen wir dazu alle Möglichkeiten des Landes nutzen“, so Sckerl abschließend.